

Der Prinz von Preußen muß zurückkommen.

Das Ministerium Camphausen hat seit seinem Zusammentritt manchen Schritt gethan, welcher von Einsicht in die Verhältnisse der Gegenwart und von staatsmännischer Klugheit zeugte. Jetzt, wenn auch spät, hat es einen Schritt gethan, welcher Kraft, Muth und Gerechtigkeitsliebe offenbart. Und doch hat dieser Schritt, die Rückberufung des Prinzen von Preußen, von einigen Seiten Widerspruch gefunden!

Der politische Club, dessen Auftreten von Tag zu Tag herausfordernder wird, hat für die Bürgerschaft Berlins verschiedene Placate anheften lassen, worin gegen den erwähnten Schritt des Ministeriums ein sogenannter „Protest“ eingelegt wird. Man macht dem Ministerium die Verfolgung reactionärer Tendenzen zum Vorwurf, wagt es, einen Bürgerkrieg in Aussicht zu stellen, und spricht selbst von einer Schuld des Prinzen von Preußen, die das Ministerium offiziell zu constatiren verabsäumt habe.

Einer solchen Sprache und solchen Drohungen muß endlich einmal das einfache Sachverhältniß, muß die Wahrheit entgegengehalten werden, damit die Bürgerschaft, diese wahre Vertreterin und das wahre Volk von Berlin, über die Stellung, welche sie in der vorliegenden Frage einzunehmen hat, nicht länger im Zweifel bleibe.

Der Prinz von Preußen, welcher am 18. März kein Commando führte, verließ nach diesem Tage, als die Volksjustiz durch die Straßen zog, Personen und Eigenthum gefährdete, Gesetz und Recht mit Füßen trat, die Hauptstadt: er that es in dem Bewußtsein, daß er sich selbst, daß er seiner Familie, daß er vor Allen dem Vaterlande es schuldig sei, die Sicherheit seiner Person den Ausbrüchen aufgeregter Massen nicht auszusetzen.

Der Prinz verließ dann, einige Tage später, auch die Umgebungen Berlins und die preussischen Staaten: er that es, um durch die That das vielfach und, wie sich bald herausstellte, in so schändlicher Absicht verbreitete Gerücht zu widerlegen, als ob er beabsichtige, mit Waffengewalt die Erfolge des 18. März rückgängig zu machen. — Damals erkannte man die Hoherzigkeit dieses Entschlusses an und war dankbar dafür; jetzt will man ein Verbrechen daraus machen, spricht, wie gesagt, von Schuld und verlangt Untersuchung.

Wir und der große Theil des Volkes mit uns wissen nichts von einer Schuld und kennen keinen Gerichtshof, welcher in dieser Frage competent sein könnte. Aber dennoch — gesetzt die neue Volksvertretung nähme die Sache in die Hand, stellte Untersuchung an und spräche ein Urtheil: kann dieses Urtheil Jemandem, kann es selbst dem politischen Club zweifelhaft sein? Wäre es nicht Verrath an der constitutionellen Monarchie, nicht Verrath an der Ruhe und Ordnung, die wir insgesammt so sehnlich herbeiwünschen, nicht Verrath am Vaterlande, wollte man die Rückkehr des Thronfolgers auch nur einen Augenblick beanstanden? Wenn nicht eher, so wird es auf unserm neuen Landtage sichtbar werden, daß Berlin nicht Preußen und daß die Partei des politischen Clubs nicht Berlin ist. Die Provinzen verlangen die Rückkehr des Thronerben, sie sehen in ihr eine hauptsächlichliche Garantie für den Frieden und für die ruhige Entwicklung unserer Verhältnisse auf der Bahn, welche Preußen schon in den Tagen vor dem 18. März betreten, welche der Prinz von Preußen durch die Unterzeichnung der bekannten Erlasse dieser Tage mitbeschritten hat. Und auch der weitaus größere Theil der Einwohnerschaft Berlins ist dieser Ansicht.

Man sage nicht, es herrsche gegenwärtig eine zu große Aufregung und dieser Stimmung müsse man Rechnung tragen: konnte die Aufregung hervorgerufen werden, so muß sie auch beseitigt werden können. Dies wird möglich sein, und mit allem gewünschten Erfolge möglich sein, wenn man, um es zu wiederholen, über die wahre Sachlage und über die Absichten Derer, welche die Aufregung verbreiteten und fortwährend wach erhalten, sich Klarheit zu verschaffen sucht.

Kann, wie bemerkt, der politische Club nicht einen Augenblick daran zweifeln, daß die neue Volksvertretung die Rückberufung des Prinzen von Preußen beschließen wird: warum widersetzt er sich, wenn das Ministerium, das ja für jede seiner Handlungen verantwortlich ist, jene Rückberufung veranlaßt? Etwa darum, damit die von der Volksvertretung ausgesprochene Rückberufung einen um so größeren und feierlicheren Eindruck im Volke hervorrufe?

Nach Allem, was über die Wirksamkeit dieses Clubs bekannt ist, muß diese Deutung ohne Weiteres verworfen werden: wie hätten auch sonst seine jetzigen Maueranschläge, seine Thiergartenversammlungen, seine Versuche, durch Aufstellung der Massen das Ministerium einzuschüchtern, einen Sinn? Ist nicht vielmehr anzunehmen, daß die, welche die Rückkehr des Prinzen von Preußen jetzt nicht wollen, solche auch nach 14 Tagen nicht wollen werden? Und liegt nicht im Hinblick auf den 2. April, wo die ganze Bürgerwehr unter Waffen treten mußte, um der von jener Partei beabsichtigten Gewaltdemonstration wider den eben zusammentretenden Landtag zu begegnen, die Befürchtung nahe, daß dieselbe Partei auch die Beschlüsse der neuen Volksvertretung von einem Terrorismus ähnlicher Art abhängig zu machen suchen wird?

Doch es wäre eine Schmach für Berlin und seine 26,000 Mann starke Bürgerwehr, wenn ein solcher Versuch nicht in seinem Keim erstickt würde; wenn die Stadt nicht die Ehre aufrecht erhielte, daß in ihren Mauern die Vertreter des Volks und des Landes, von jedweden Einflüsse frei, berathen können. Damit dies aber möglich werde; damit sich mehr und mehr der gesetzmäßige Zustand befestige, unter dem allein eine ruhige und geordnete Berathung möglich ist, muß schon jetzt die Bürgerschaft Berlins, allen ungesetzmäßigen, revolutionären Bestrebungen und Versuchen gegenüber, wie überhaupt, so namentlich auch in der vorliegenden Frage eine entschiedene Stellung einnehmen. Sie muß einsehen, daß es endlich an der Zeit ist, einer Herrschaft, wie der vom politischen Club ausgeübten, sich zu schämen; daß es an der Zeit ist, sich daran zu erinnern, wie jedes Schwanken unter den gegenwärtigen Umständen den Umsturz der constitutionellen Monarchie und mit dieser den Umsturz des Bürgerthums zur Folge haben muß.

Besteht hierüber kein Zweifel mehr — und er kann nicht bestehen — so wird der entschiedene Wille, Ordnung und Gesetz aufrecht zu erhalten, trotz der Verschiedenheit politischer Ansichten im Einzelnen, auch zur entschiedenen That werden. Vertraue darum das Ministerium auf die Gesinnungen der Bürgerschaft, schreite es unerschrocken auf dem eingeschlagenen Wege vorwärts und setze, wie bisher, den unberechtigten Forderungen weniger Factionäre den unerschütterlichen Muth treuer Pflichterfüllung entgegen!

Berlin, den 15. Mai 1848.